

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 22.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf.  
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6432.  
Geschäftsverträge pro 3gepaßt. Zeile ober deren  
Raum 25, f. Zahlf. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,

Sonnabend, 29. Oktober 1904.

Verlag:  
A. Bohrer, Hannover, Steintorstraße 6.  
Verantwortlicher Redakteur:  
August Brey, Hannover, Schillerstraße 5.  
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

13. Jahrg.

Mit dem

## Verband des Protokolls

vom letzten Verbandstage ist begonnen worden. Auf 209 Druckseiten finden die Kollegen einen wörtlichen Abdruck der dem Verbandstag vorgelegten Berichte vom Vorstand und Ausschuß, der eingegangenen Anträge und eine getreue Wiedergabe der Verhandlungen. Ein detailliertes Inhaltsverzeichnis und ein Sprechregister erleichtern das Nachschlagen.

Die Protokolle werden dem Buchbinder unter den Fingern weg zum Versand gebracht. Das wollen die Kollegen beachten, welche schon recht ungeduldige Anfragen nach hier gerichtet haben. Wegen des großen Umfangs des Protokolls und der dadurch bedingten Erhöhung des Portos bringen wir einen Teil der Bestellungen per Fracht zum Versand.

Alle Bestellsorte, die ihre Bestellungen noch nicht aufgegeben haben, wollen solches umgehend besorgen.

Mit kollegialischem Gruß

Aug. Brey.

## Arbeitslohn und Unternehmergewinn.

Die bevorstehenden Verhandlungen im Reichstag über Regelung der Arbeitszeit in den Fabriken zc. sind besonders auch für die Mitglieder unseres Verbandes von hervorragender Bedeutung, denn erfahrungsgemäß herrscht gerade in denjenigen Industrien, wo die Präzisionsarbeit mehr in den Hintergrund tritt, wo aber die gesundheitlichen Verhältnisse am ungünstigsten sind, die ausgebreitetste Arbeitszeit. In der chemischen Industrie, wo giftige Gase die Organismen der Arbeiter verunreinigen, wo das Eindringen schädlicher Substanzen in den menschlichen Körper diesen schnell dem Siechtum verfallen lassen, werden vielfach noch bis zu 12 Stunden pro Tag durchschnittlich gearbeitet; ebenso liegen die Verhältnisse in den Gummi- und Papierfabriken. In den Zucker- und Papierfabriken wird durchschnittlich noch länger geschuft.

Der am meisten gehörte Einwand gegen Verkürzung der Arbeitszeit zc. ist der von der bedrohten Existenzfähigkeit der deutschen Industrie. Wie wenig solcher Einwand gerade für die hier in Betracht kommenden Industrien gerechtfertigt ist, ergibt folgende Zusammenstellung über die Geschäftsergebnisse derjenigen Gesellschaften, deren Aktien an der Berliner Börse gehandelt werden.

Jahr	Chemische Industrie			Gummi- und Papierfabriken		
	Zahl der Aktien-Gesellsch.	Kapital in Mill. M.	Dividenden in Proz.	Zahl der Aktien-Gesellsch.	Kapital in Mill. M.	Dividenden in Proz.
1896	21	124,6	10,77	8	13,0	14,98
1897	23	140,3	10,76	8	13,8	14,17
1898	22	141,8	11,33	8	14,3	11,37
1899	22	140,2	12,27	10	18,8	7,37
1900	23	155,4	11,14	11	23,1	11,77

Selbst bei ziemlich weitgehenden Ansprüchen wird man die in den beiden Industrien erzielten Dividenden als sehr respektabel gelten lassen; eine Dividende von über 10 Prozent im Durchschnitt ist doch kein Pappentitel. Hier kann man auch nicht von ungewöhnlich günstigen Umständen bei einem Werke reden, die mitgeteilten Ziffern geben den Durchschnittsertrag sämtlicher Fabriken an. Fast genau so günstig schnitten die Papier- und Zuckerfabriken ab. Um den Mitgliedern Agitationsmaterial in die Hand zu geben, mögen auch die für diese Unternehmen ermittelten Ergebnisse hier angeführt werden.

Jahr	Papierfabriken			Zuckerfabriken		
	Zahl der Aktien-Gesellsch.	Kapital in Mill. M.	Dividenden in Proz.	Zahl der Aktien-Gesellsch.	Kapital in Mill. M.	Dividenden in Proz.
1896	10	16,1	11,90	8	20,6	8,55
1897	12	20,8	12,68	8	19,6	8,57
1898	13	25,7	11,26	9	22,0	8,87
1899	15	30,0	10,67	9	22,0	11,45
1900	16	34,2	10,16	9	22,5	13,12

Also auch hier ganz erkleckliche „Entbehrungslohn“; Dividenden bis zu 13 Prozent wurden verteilt. Sehr lukrativ arbeiteten auch die in Händen von Aktiengesellschaften befindlichen Gas- und Wasserwerke. Von der ersteren Kategorie waren fünf an der Berliner Börse vertreten, das investierte Kapital betrug 100: 31 000 000 M., von den letzteren Werken zählte man vier mit 25 1/2 Million M. Aktienkapital. Bei

diesen beiden Industrien schwankt die Durchschnittsdividende seit 1896 zwischen 8,55 bis 11,55 Prozent. Jedenfalls kann man auch hier nicht von einer notleidenden Industrie reden. Das Geschäft blüht hier wie dort! Trotz der „ungeheuren“ sozialen Lasten, worüber das Unternehmertum bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, bei Denkmalsreden und Ausstellungen, bei Geburtstagsfesten und im Parlament bemegliche Klage führt, könnten die angeführten schweren Dividenden ausgeschüttet werden. Dabei kommt in jenen Ziffern die volle Beute des Kapitals noch nicht zum Ausdruck. Durch große Abschreibungen zc. wird ein Teil des Betriebsgewinnes absorbiert. Solche Abschreibungen erhöhen den Wert des Wertes als Kapitalanlage, die Kurse der Papiere steigen. Die Kurssteigerung der Aktien ist auch ein Teil Betriebsgewinn, der nur an der öffentlichen Straße der Dividende vorbeigeht, durch einen Geheimkanal in den kapitalistischen Hafen fließt. Unter Berücksichtigung der Konkurrenz zc., also aller Verluste, den einzelne Gesellschaften erlitten, ergeben sich hier erheblich höhere Gewinne, als die Dividenden. Hierüber gibt folgende Tabelle Aufschluß: Es betrug im Durchschnitt für die Zeit von 1880 bis 1900

Industrie	Zahl der Gesellschaften 1900	das Reineinkommen der Aktionäre in Proz. des Aktienkapitals	der Reingewinn der Gesellschaften in Proz. des Aktienkapitals
Chemische	23	10,49	14,05
Gaswerke	5	8,75	11,54
Zuckerfabriken	9	7,17	9,65
Wasserwerke	4	10,12	11,71
Papierfabriken	16	9,53	15,78
Gummi- und Papierfabriken	11	11,65	14,65

Das Reineinkommen der Gesellschaften ist mithin noch ziemlich erheblich höher, als das Einkommen der Aktionäre, man legt zurück für schlechte Zeiten. Immerhin ist das Einkommen eines Aktionärs in den letzten zwanzig Jahren, wenn er nur Aktien im Betrage von 10 000 Mark hatte, größer als das der Arbeiter, die Tag für Tag in mühseliger, qualvoller Arbeit ihre Gesundheit opferten. Man stelle sich vor, jemand erbt eine Aktie im nominellen Betrage von 10 000 Mark einer der hier angeführten lukrativen Industrien. Sein Jahresverdienst beträgt dann 1000 bis 1165 Mark — nur darf er dafür nicht arbeiten, seine ganze Tätigkeit besteht jetzt im Abschneiden der Coupons. Und dieser Nichtstuer verdient nun mehr als die fleißigen Arbeiter, welche die Werte schaffen müssen. — Das Bild von der glänzenden Lage der über die Begehrlichkeit der Arbeiter jammern den Unternehmer wäre unvollständig, wollten wir nicht den Rahmen — die Arbeiterlöhne — dazu geben. Leider steht uns darüber eine einwandfreie Statistik nicht zur Verfügung, wir müssen uns an die Angaben der Berufsvereinigungen halten. Diese Angaben geben zu manchem Vorbehalt Veranlassung, vor allem durch die Einsetzung der anrechnungsfähigen anstelle der wirklich verdienten Löhne. So werden alle jene Arbeiter, die weniger als den durchschnittlichen ortsüblichen Tagelohn erwachsener Arbeiter verdienen, mit diesem Lohnsatz eingestellt, andererseits werden die Jahreslöhne über 1500 Mark nicht voll aufgenommen, der 1500 Mark übersteigende Betrag wird nur mit einem Drittel eingestellt; bis zum Jahre 1900 wurden nur 1200 Mark voll, der höhere Betrag mit einem Drittel eingestellt. In den Industrien mit niedrigen Löhnen kann die angeführte Erhöhung der anrechnungsfähigen Lohnsumme die Rechnungsergebnisse nicht stark beeinflussen haben. Man geht nicht fehl, wenn man die wirklich verdienten Löhne noch etwas unter die in der Statistik angeführten Summen ansieht. Jedenfalls ermöglichen die ermittelten Durchschnittslöhne eine Vergleichung sowohl in bezug auf die einzelnen Jahre, wie auch gegenüber den Unternehmergewinnen. Nach diesen Vorbemerkungen wird der Leser die nachfolgend nach den verschiedenen Industrien zusammengestellten Durchschnittslöhne zu bewerten wissen.

Es betragen die Jahresdurchschnittslöhne:

Jahr	Chemische Industrie	Papierfabriken	Zuckerfabriken
1897	875	663	707
1898	896	685	705
1899	914	682	763
1900	937	688	763
1901	994	708	809

Wie nehmen sich diese „Riesenslöhne“ aus neben den „Entbehrungseinkommen“ der im Schweiße ihres Angesichts Dividenden einstreichenden Papierarbeiter?

Von solchen Löhnen sollen Arbeiterfamilien das ganze Jahr leben, und bei der geringsten Forderung, die sie stellen, jammert das Unternehmertum über Begehrlichkeit und — Ruin der deutschen Industrie.

Die vorstehenden Angaben belegen einwandlos, daß kaum eine andere Industrie so glänzende Ergebnisse aufzuweisen hat, als gerade die unsere Organisation vorwiegend in Betracht kommt. Also selbst wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit die Geschäftsergebnisse etwas ungünstig beeinflussen würde, könnte das kein Grund sein, die menschenunwürdigen Verhältnisse, die gerade hier vorwiegend existieren, einer Reform zu unterziehen. Aber alle Erfahrung spricht dagegen, daß die Reduzierung der Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß, speziell die Abschaffung der ruinösen Ueberzeitarbeit, die Rentabilität der resp. Unternehmungen herabmindert. Im Gegenteil, überall dort, wo man die Arbeitszeit sukzessive herabsetzte, ergab sich infolge der größeren Leistungsfähigkeit der Arbeiter durch vollkommenerer technischer und organisatorische Arbeitsteilung, durch Ersparung von Materialien — Kohlen, Licht zc. — eine Steigerung der Produktivität, ein erhöhter Unternehmergewinn! Unvernünftig lange Arbeitszeiten erben sich in der deutschen Industrie vielfach fort, als ewige Krankheit von Geschlecht zu Geschlecht; ein Zeichen der Rückständigkeit des deutschen Unternehmertums. Vielfach ist es lediglich Tradition, viele Ueberstunden arbeiten zu lassen. Eine zweckentsprechende Arbeitsanordnung könnte sehr oft Ueberstunden überflüssig machen, aber es bleibt beim alten Schlandrian. Das größte Gemüts, das der Verkürzung der Arbeitszeit entgegensteht, ist die Abneigung des Unternehmertums gegen höhere Löhne. Anstatt die Löhne etwas aufzubessern, läßt man gar nicht selten ganz nutzlos Ueberstunden machen, sowohl bei Schichtlöhnen als bei Akkordarbeiten. Die Ueberlegenheit mancher ausländischen Industrie rührt gerade daher, daß dort die Engherzigkeit gegenüber der Höhe der Arbeiterlöhne längst abgestreift ist. Dort steht nicht bei Akkordarbeit als Axiom ein bestimmter Stundenlohn fest, der nicht, ohne sofort eine Reduktion der Akkordhöhe als Schwanz zu zeigen, überschritten werden darf, ebenso wenig ist man engherzig in bezug auf die Höhe der Stundenzeitlöhne, aber im Gegensatz zu unseren Industriellen sucht man jede unnütze Arbeitsstunde zu vermeiden. Und bei uns? Kürzlich erfuhr ich aus einem größeren industriellen Werke folgende Praxis: In der Regel wird bis abends 8 oder 9 Uhr gearbeitet, kommt aber ein Arbeiter morgens um einige Minuten zu spät, muß er den ganzen Tag feiern. — Abends läßt man länger arbeiten, verbraucht Kraft und Licht, und bei Tage läßt man unbedenklich Arbeitsplätze leer stehen. Und die beteiligten Arbeiter erklärten mir ferner, daß bei geringer Minderung der Arbeitsordnung und wenn die Betriebsleitung nicht auf dem engherzigen Standpunkt stände, daß im Akkord nicht einige Pfennige mehr verdient werden dürften, als der geübte Satz — 35 bis 40 Pf. pro Stunde für Handwerker (!) —, dann wären die Ueberstunden vollständig überflüssig; das jetzt erzielte Quantum könnte auch in der normalen Arbeitszeit herausgeholt werden. Eine unsinnigere Praxis, vom ökonomischen Standpunkt aus, als die hier angebotene, die viel weiteren Umfang hat, als Fernstehende anzunehmen geneigt sind, läßt sich kaum denken. Hier ist ein Punkt, wo angefaßt werden kann, um die Produktion rationaler zu gestalten, sowohl zum Vorteil der Arbeiter wie auch der Unternehmer. Und gerade eine Regelung der Arbeitszeit könnte auf diesem Gebiete Wandel schaffen. Die Arbeiter verzichten gern auf Ueberstunden, man gebe ihnen nur denselben Lohn für verkürzte Arbeitszeit. Was in der kürzeren Arbeitszeit erspart wird an Generalunkosten in Verbindung mit der Steigerung der Leistungsfähigkeit, hebt die Lohnerhöhung und mehr auf. Es ist die höchste Zeit, sich endlich einmal von der Ansicht zu emanzipieren, daß der Lohn nur nach der Elle der Arbeitszeit gemessen werden darf.

Es kommt bei dieser Forderung für die genannten Industrien mit rund einer Viertelmillion Arbeiter noch in Betracht, daß hier die Verhältnisse die Gesundheit besonders ungünstig beeinflussen. Da ist eine tägliche kurze Erholungsfrist von einigen Stunden unbedingt notwendig, um den Körper vor all zu frühem Verfall zu bewahren. Darum fort mit der sinnlosen Ueberzeitarbeit, her mit einem gesetzlich festgelegten Normalarbeitsstag.

D.

# Wirtschaftliche Rundschau.

Scharfmacher Balkin und die Staatshilfe für die großen deutschen Reedereien. — Die Fortführung des Schiffsahrtstragedes. — Die amerikanische Einwanderungsstatistik.

An die Stelle des Freiherrn von Stumm ist im Deutschen Reich mehr und mehr Herr Balkin getreten. Er macht die Regierungen scharf, wenn irgend welche Streiks die großen Reedereien betreffen. Er gilt für einen der tüchtigsten Gegner des allgemeinen Wahlrechts, das großen Hafenplätzen wie Hamburg und Bremen sozialdemokratische Vertretungen gibt. Er predigt zwar öffentlich, wenn es sein muß, auch liberales Wasser: alle Staatssubventionen bereiten nach ihm der deutschen Schifffahrt lediglich Verlegenheiten, da die ausländische Konkurrenz dadurch gleichfalls zu Subventionen geübt angehalten werde. Aber heimlich trinkt dieser Abstinenzler ganz gern von dem funkelnden Wein der Staatshilfe. Er benutzt die diplomatische Freundschaft zwischen Berlin und Petersburg, um ältere Schiffe an Rußland zu verkaufen und damit in recht bequemer Weise den eigenen Schiffsbestand zu verjüngen und zu modernisieren. Der sonst so niedrig gemertete Kuffentars der deutschen Regierung legt sich für ihn in sehr hochwertige Aufträge zur Kohlenversorgung der russischen Kriegsflotte für ihre Ausreise nach Ostasien an. Die staatlichen Kontrollstationen für die Auswanderer werden für diese Menschenfleischverfrachter zu Stätten rücksichtslosster Preßung und Zurechtbildung von Passagieren. Fürwahr, keine geringe Beimischung von staatl. Förderung. Das neuerdings ein Berliner Flügelschiff abjutant in die Leitung der Hamburg-Amerika-Linie mit aufgenommen wurde, gibt dem Ganzen nur die richtige letzte Krönung. Selbst in Angelegenheiten ahmen diese modernen, geschmeidigen Generaldirektoren den etwas altmodischeren und ungehobelteren Freiherrn von Saarabien nach. Berichtet doch eben die freisinnige „Nation“, der man gewiß keine feindselige Gesinnung gegen Hamburg-Bremen und seine Handels- und Schifffahrtsgrößen vorwerfen kann, daß Blätter, die „Mißgriffe“ der Reedereien offen darlegen, von den großen Ozeandampfern ausgeschlossen werden — wahrhaftig ist es die „Nation“ selber, die die Bremisch-Hamburgische Wäktion vor dem freien Meinungsaustruck zu fählen bekam. Dr. Barth schreibt nämlich foeben in seinem Wochenblatt über „Maulkorbpolitik“: „Zuckerbrot und Peitsche spielen in den Beziehungen zwischen großen wirtschaftlichen Unternehmungen und der Presse keine ganz geringe Rolle. Die gewöhnlichste Form des Zuckerbrotes ist die der unbezahlten Inserate, mit denen man Schweigsame belohnt und die man allen Neugierigen entzieht. Manches kritische Gemissen kann schon nach diesem Rezept eingeschlafert werden. Die Methode ist obendrein bequem und unverfänglich, da kein Unternehmer verpflichtet ist, seine Vorliebe für das eine und seine Abneigung gegen das andere freizugeben bei der Anstellung von Inseraten näher zu motivieren. . . Das Inseraten-Zuckerbrot ist aber nur eins von den vielen Mitteln, die sich einzubürgern beginnen, pour corriger la critique. Insbesondere scheint es, als ob unter den vielen bedenklichen Nebenwirkungen der Kontrolle und Zensur auf eine wachsende Tendenz zur Vergewaltigung der öffentlichen Meinung durch Verwahrung des wirtschaftlichen Einflusses gerechnet werden muß. Wie stark sich diese Neigung bei den Verwaltungen unserer großen wirtschaftlichen Unternehmungen allmählich entwickelt hat, dafür nur ein Beleg, der bereits einen geradezu stürzenden Charakter trägt. Hatte sich da kürzlich ein Preßorgan herausgenommen, von gewissen Mißgriffen der Verwaltungsorgane einer großen Reedereigesellschaft Kritik zu nehmen. Die unmittelbare Folge war ein höfliches Schreiben der Verlagsabteilung dieser Gesellschaft, in dem der Administration jenes Preßorgans mitgeteilt wurde, daß man „ferner kein Interesse daran habe“, jenes Organ auf den Passagierdampfern der Gesellschaft anzulegen; man bitte deshalb, die Zustellung der der bisher gelieferten Exemplare hinfür zu unterlassen. Da es sich in diesem Falle um eine Gratislieferung des betreffenden Organs der öffentlichen Meinung für die Leserräume der großen Passagierdampfer jener Gesellschaft handelte, so hat der Vorstand für die davon Betroffenen einen vorwiegend aneddotischen Reiz. Aber charakteristisch ist es doch für die Art und Weise, wie manche Captains of Industry glauben mit der Presse umspringen zu können. Angeht's dieser Entwicklung fällt der wirklich unabhängigen Presse in erhöhtem Grade die Aufgabe zu, bei der Kritik von ihrer unabhängigen Stellung vollen Gebrauch zu machen.“ Das entspricht ganz der sonstigen unabhängigen Haltung des freisinnigen Eingängers; nach anderer Seite dürfte jedoch die Methode Stumm-Balkin nach wie vor wirksam sein.

An der aufgedeckten Standalösen Praxis der Kontrollstationen hat sich bis zur Stunde nichts geändert. Die Großreedereien berufen sich darauf, daß, um die Einschleppung von ansteckenden Krankheiten zu verhüten, eine gewisse Kontrolle bei der Grenzübersteigerung und ferner noch während der Durchfuhr unentbehrlich sei. Gewiß, aber der Zwangskauf eines Hamburg-Bremischen Zwischenbest-Fahrtcheines vermindert die Gesundheitsgefahren in keiner Weise. Die reederei-offiziösen Anstaltungen sprechen ferner von der Pflicht des späteren Rücktransports verarmerter oder fälschlich hinfälliger Passagiere, die von den amerikanischen Behörden zurückgewiesen werden. Gewiß, aber daraus folgt doch lediglich das Recht, nicht jeden Zuwandernden unbedenklich für den Zwischenbesttransport anzuweihen; was den ausländischen Linien zutrifft, kann dagegen höchstens zu einer späteren Belastung der fremden Kontinenten (eben durch den Rücktransport) führen.

Im Schiffsahrtstragedes gegen die englische Canardlinie hat sich insoweit eine Wandlung eingestellt, als die deutschen Reedereien und die verbündeten Zwillingen wieder mit Preisverhörungen für die Überfahrt von Nordamerika und England nach Amerika begonnen haben. Statt 40 Mk., dem bisherigen Mindestpreis, werden bereits 60 Mk., an England, erhoben; die alte Rate betrug jedoch 110 Mk. (5 Mk. 10 s.), man glaubt an baldige weitere Steigerungen. Andererseits wird behauptet, daß man den Kampf im Süden, vor allem von Ginn und Treist aus, um so energischer fortführen wolle. Jeder Teil drückt sich noch immer als wahrhaftigster Sieger; jedoch dürfte man haben wie drüben froh sein, wenn sich recht bald eine Verständigung über die Teilung des Auswanderungsgebietes finden ließe.

Das Newyorker Amt für den Handel in seinem Vierteljahres-Bulletin die letztjährige Einwanderung in die Vereinigten Staaten (das Jahr vom 1. Juli bis 30. Juni gerechnet) ausführlicher behandelt, so seien einige dieser Ziffern wiedergegeben und zum Teil auch aus unseren früheren Mitteilungen wiederholt. Die höchsten und die niedrigsten Einwanderungsziffern zeigen (seit 1870) die Vereinigten Staaten in folgenden Jahren:

Jahr (mit 30. Juni endend)	Gesamteinwanderung in die Union
1873	459 803
1878	1 284 469
1882	788 992
1886	334 203
1892	579 663
1903	229 299
1904	657 045
	815 331

In Newyork Landeten davon immer ungefähr drei Viertel, Boston und Baltimore treten dagegen weit zurück. Mit Dezember 1903 begann der Rückgang in der jahrelangen Hoch-

Stat der Einwanderung — eine Folge des letztjährigen schwächeren Geschäftsganges in Amerika, bei fortgesetzter wirtschaftlicher Niedrigkeit in Europa. Auch die Preisermäßigung für die Überfahrt zwischen alter und neuer Welt hat daran nichts zu ändern vermocht: höchstens der Rückfluß von Amerika nach Europa hat dadurch noch größeren Umfang gewonnen. In den in Newyork im Jahre 1903/04 Landenden stellten, wie gewöhnlich, die Südtalener das größte Kontingent (26 Prozent aller fremden Zuwanderer). Es folgen dann die „Gebrüder“ mit 25,8 Prozent, die Polen mit 9,2 Prozent, darauf die Deutschen mit 8,7 Prozent. Kennzeichnend für die Einwanderung aus dem Süden Europas ist die geringere Beteiligung der Frauen (bei den Griechen 2,8 Prozent, bei den Südtalenern 18,7 und 20,7 Prozent — dagegen bei den Deutschen 41,2, bei den Franzosen 42,2 Prozent) und auch das verhältnismäßig stärkere Hervortreten der jüngeren Männer. Die Ueberfiedelung ganzer Familien und die Absicht, dauernd in der neuen Welt zu bleiben, ist hier offenbar viel seltener. Die Ueberfiedelung zeigt auch die niedrigste Bildungsstufe, gemessen an der Fähigkeit, zu lesen und zu schreiben. Der Prozentfuß der „Illiteraten“ betrug im abgelaufenen Jahr 1903/04 bei der Newyorker Einwanderung:

Athenen	53,2
Südtalener	50,2
Italiener	30,4
Kroaten und Slavonier	27,2
Iren	26,3
Polen	24,7
Slovaken	24,0
Griechen	20,9
Gebrüder	15,8
Magyaren	12,6
Holländer und Flamen	2,5
Franzosen	2,2
Germanen	2,2
Finnen	0,9
Engländer	0,9
Böhmen	0,8
Schotten	0,3
Skandinavier	0,2

Athenen und Südtalener, bei denen, wie ersichtlich, über die Hälfte des Lesens und Schreibens unkundig ist, lieferten dennoch mehr als ein Viertel der gesamten Newyorker Einwanderung — ein Zeichen, wie minderwertig allmählich der Menschensatz für die Vereinigten Staaten geworden ist.

Andererseits ist es einleuchtend, weshalb um die Beibehaltung aus dem Österreichisch-italienischen Hafen des Mittelmeeres so erbittert gekämpft wird. Es bietet sich hier unmittelbar eine überaus wichtige Menschenfracht, und außerdem kann ein großer Teil des Menschenstromes, der heute durch Deutschland und nach Hamburg-Bremen fließt, abgelenkt werden nach den Ausgangspunkten Ginn-Treist.

Berlin, 8. Oktober 1904. Max Schippel.

## Fr. Meyers Sohn, Langermünde,

Inhaber der Zucker- und Konservenfabrik hat, wie wir bereits in Nummer 19 des „Proletarie“ mitteilten, eine Anzahl Verbandsgeoffenen entlassen. Anlässlich dieser Entlassungen, die als Maßregelungen angesehen werden mußten, gestatteten wir uns, in höfflicher Weise einige Fragen zu unterbreiten über:

1. die Ursachen der Entlassungen;
2. ob die Entlassenen beim Beginn der Kampagne wieder auf Beschäftigung rechnen können;
3. ob die Zugehörigkeit zu unserem Verbands Anlaß zu weiteren Entlassungen geben soll;
4. ob die Firma geneigt sei, mit uns in Unterhandlungen über etwaige Neuregelungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen einiger Kolonnen des Betriebes einzutreten.

Wir versicherten, daß wir bei einer die letztere Frage bejahenden Antwort die Garantie übernehmen, daß Betriebsstörungen ausläßlich der Regelung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen durch die Arbeiter nicht veranlaßt würden.

Der Brief ging am 10. September ab, unterm 13. September ging folgendes Antwortschreiben ein:

Herrn Aug. Frey, Hannover.  
Schillerstraße 5.  
Ich bestätige dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 10. d. Mts. und erkläre mich gern bereit, Ihnen auf die in Ihren Zeilen erhaltenen Fragen die gewünschte Antwort zu geben:

1. Ich entlieh vor kurzem eine Anzahl Arbeiter, denen ich erklärte, ich würde sie bei Beginn der neuen Kampagne nicht wieder einstellen können. Diefelben sind von mir, wie ich Ihnen ausdrücklich mitteilte, entlassen worden, weil sie einem Verbands angehören, sondern nur deshalb, weil sie unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen waren, unter denen sie hier beschäftigt wurden, und weil sie dieser ihrer Unzufriedenheit dadurch Ausdruck verliehen, daß sie unter meiner abigen Arbeiterschaft auf das heftigste für eine Arbeitsniederlegung agitierten. Diese Herren wollten mir die Arbeit vor die Füße werfen, wana es ihnen paßte, sie können sich daher nicht beklagen, wenn ich darauf verzichte, sie noch länger zu beschäftigen. Ich bemähe mich, jedem meiner Arbeiter gerecht zu werden, und bin gewohnt, aus mir heraus, aus freien Stücken alles zu tun, was in meinen Kräften steht, um die sanitären Verhältnisse zu verbessern und um die Arbeit gesünder und leichter zu machen. Ich habe meinen Arbeitern, wenn sie in Not sind, oder sonst einen erfüllbaren Wunsch haben, jederzeit gern geholfen und werde auch in Zukunft meinen ordentlichen Arbeitern stets ein hilfsbereiter Freund bleiben. Nichts aber wird mich auch in Zukunft abhalten, Arbeitern, die unter meiner Arbeiterschaft für den Streik agitieren, die Tür zu weisen. Wenn es den Herren bei mir nicht gefällt, so mögen sie sich wo anders Arbeit suchen, vielleicht werden sie dann zu der Ueberzeugung kommen, daß es recht dumm von ihnen war, daß sie sich durch ihre Torheit hier ihre Brotstücker verscherten.
2. Ich werde die wegen ihrer Streikagitation kürzlich entlassenen Arbeiter in meiner Fabrik nicht wieder einstellen.
3. Daß ich die Zugehörigkeit zu Ihrem Verbands nicht zum Anlaß für die Entlassung abiger Arbeiter genommen habe, können Sie daraus ersehen, daß ich auch solche entlieh, die erst nach ihrer Entlassung Ihrem Verbands beigetreten sind. Ich werde dieselben auch in Zukunft nicht zum Anlaß einer Entlassung nehmen. Aber auch in Zukunft werde ich jeden Hezer unweigerlich entlassen, ob er Ihrem Verbands angehört oder nicht.
4. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in meinem Werke wird auch in Zukunft von mir selber besorgt werden. Auf eine Mitwirkung von Ihrer Seite verzichte ich.

Hochachtungsvoll  
Fr. Meyers Sohn.  
Nach diesem Brief soll der Grund für die Entlassung eine zugunsten eines Streiks vorgenommene Agitation gewesen sein. Wir bemerken, daß ein Streik

nicht in Aussicht genommen war, mithin konnte auch für einen solchen nicht agitiert werden. Wäre ein Streik geplant gewesen, so mußten wir die ersten sein, die etwas davon erfuhren, denn ohne unser Wissen, ohne unsere Zustimmung können unsere Mitglieder in einen Streik nicht eintreten. Uns ist Mitteilung von der Absicht einer Arbeitseinstellung nicht geworden, der schlagendste Beweis, daß sie nicht geplant gewesen. Die Berichterstatter, die Herr Meyer unter seinen Arbeitern herumlaufen hat, haben ihm falsch berichtet, um dadurch die Entlassung der Arbeiter herbeizuführen. In Wirklichkeit haben letztere nur für den Anschluß an den Verband agitiert. Sollte darin Herr Meyer schon eine Agitation für den Streik erblicken? Oder bestreitet Herr Meyer den bei ihm arbeitenden Arbeitern überhaupt das Recht, für Besserung ihrer Lage einzutreten, und bestraft er den mit Entlassung, der von diesem Rechte Gebrauch macht? Wie es scheint, sind diese Fragen zu bejahen. Wer als Arbeiter dafür eintritt, daß seine Mitkollegen mit ihm die bessere Bezahlung der Arbeitsleistung anstreben, ist nach der Auffassung des Herrn Meyer ein „Hezer“. Demnach dürfte aber auch Herr Meyer zu der Spezies Hezer zu rechnen sein, denn er hat gewiß schon mehr als einmal dem Streben Ausdruck verliehen, sowohl für die Erzeugnisse seiner Zuckerfabrik, als auch die seiner Konservenfabrik die möglichst günstige Bezahlung zu erlangen.

Daß die Arbeiter eine bessere Bezahlung nur unter Anwendung der Arbeitseinstellung erringen können, wird auch Herr Meyer nicht behaupten wollen; daß vernünftiges Eingehen einschüchternder Unternehmer auf sachlich begründete Forderungen der Arbeiter einen Streik jedesmal verhindert, das dürfte kaum Herrn Meyer unbekannt sein.

Herr Meyer scheint allerdings zu der Gattung der Unternehmer zu gehören, die nie ihr Ohr den Wünschen der Arbeiter öffnen. Diese Unternehmer haben aber nicht das Recht, sich „hilfsbereiter Freund der Arbeiter“ zu bezeichnen. Möglich, daß wir uns irren. Irren wir uns, dann wird Herr Meyer wohl auf die Forderung eingehen, die wir ihm unterbreiten:

Hannover, 17. Oktober 1904.  
Herrn Fr. Meyers Sohn, Wohlgeboren  
Langermünde.

Der ergebenst Unterzeichnete gestattet sich die Mitteilung, daß er von Arbeitern Ihres Betriebes den Auftrag erhalten, sich mit Ihnen in Verbindung zu setzen, um eine anderweitige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in die Wege zu leiten.

Die Arbeiter wünschen eine Verständigung über folgende Punkte mit Ihnen herbeizuführen:

1. Der Tagelohn für Männer soll 2,75 Mk. betragen;
2. a) der Beladefolonne soll beim Aufladen für den Arbeiter ein Mann mehr, also 5 Mann, gestellt und deshalb der Lohn um 10 Prozent erhöht werden; b) löbliche Firma soll im Lohn Steuer stellen, damit die Arbeiter nicht mit den Bootsteuern zu arbeiten müssen; c) beim Rohzuckerlagern in der Halle, sowie am Jahrmarkt wird an die Hofsolonne 2,50 Mk., eine Diele hoch 2,75 Mk. und zwei Diele hoch 3 Mk. für 100 Sack bezahlt; d) der Reserve-Kolonne, die verschiedene Akkordarbeiten macht, soll ein Tagelohn von 3,50 Mk. garantiert werden; e) beim Ausladen des Rohzuckers vom Kahn auf Lager soll zu jeder Kolonne ein Mann gestellt werden.
3. Bei den Zentrifugen soll der Lohn um 20 Prozent erhöht werden.
4. Kohlenarten: a) vom Kahn ins Kesselhaus sollen 35 Mk. für 1000 Zentner gezahlt werden; b) vom Kahn in den Schuppen sollen in B 28, in C 30 Mk. für 1000 Zentner gezahlt werden; c) vom Schuppen ins Kesselhaus soll pro Karre 7 Pf. gezahlt werden.
5. Der Tagelohn für Frauen soll 1,50 Mk. betragen.
6. Beim Säde zu nähen sollen für gewöhnliche Säde 75 Pf., für „Inerte Säde 1,50 Mk. pro 100 Stück gezahlt werden.
7. Sämtliche Akkord- und Tagelöhne sind Sommer und Winter gleich.
8. Ueberstunden sollen nach Möglichkeit vermieden, wenn nötig, mit einem Aufschlag von 25 Prozent bezahlt werden.
9. Es wird ein Arbeiterausschuß gewählt, der bei vor kommenden Differenzen zwischen der Firma und den Arbeitern zu verhandeln hat.
10. Maßregelungen aus Anlaß dieser Lohnbewegung, sowie der Ausschussmitglieder, sollen nicht stattfinden.
11. Die Arbeiter wünschen, daß ihre vor wenigen Wochen entlassenen Mitarbeiter wieder eingestellt werden.

Begründend gestatten wir uns anzuführen: Die Forderung einer Lohnerhöhung erscheint durch die Preise für Lebensmittel, Miete und sonstige Unterhaltungskosten notwendig, und ist besonders in Langermünde in den letzten Jahren eine Steigerung des Lebensunterhaltes zu verzeichnen gewesen, die in diesem Jahre noch eine Steigerung erfahren dürfte.

Die Lohnforderung der in dem Rohzuckerlager tätigen Arbeiter rechtfertigt sich noch insbesondere durch die Schwere und das Gefahrvolle der zu verrichtenden Arbeit.

Die Forderung eines festen Lohnes für die Reserve-Kolonne empfiehlt sich wegen der unsicheren und schwankenden Bezahlung, welche diese Arbeiter bislang hatten.

Eine Begründung aller abigen Forderungen könnte mündlich gegeben werden.

Wir unterbreiten die Forderungen zu einer geneigten Prüfung und mit dem Wunsche einer geneigten Rückäußerung darüber, ob löbliche Firma geneigt ist, mit uns über die Forderungen zu verhandeln, oder ob Verhandlungen mit den Arbeitern, das heißt einer Kommission derselben, beliebt werden.

Bei geneigter Würdigung und loyaler Erfüllung der Forderungen der Arbeiter würden wir nicht unterlassen, diejenige Konsumvereine, die mit uns befreundet sind, einträglich in Kenntnis zu setzen. Genannte Vereine haben ein Interesse daran, bei ihrem Warenbezug Firmen zu bezeichnen, welche neben Leistungsfähigkeit und Qualität ihrer Ware, auch in Bezug auf Behandlung, Achtung vor den Arbeitern und Bezahlung der Arbeiter als vorbildlich bezeichnet werden können.

Hochachtungsvoll  
Aug. Frey, Schillerstraße 5, II.

Die Firma scheint nicht darnach zu gehen, als ein solches Vorbild in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gelten; bis zum heutigen Tage hat sie noch nicht Miene gemacht, auf die übersandten Forderungen einzugehen.

## Vom sozialen Kampfplatze.

In München fordern die Arbeiter der J. A. Maffei'schen Maschinenfabrik:

1. Eine 10prozentige Lohnerhöhung.
2. Der Mindestlohn beträgt für Werkstatt-Löhner 32 Pf. pro Stunde, für Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter der Tendernpartie 35 Pf., jugendliche Schlosser, 18-20 Jahre, 35 Pf., von da ab 40 Pf. Selbständige Arbeiter nicht unter 45 Pf. Bei Winkelschmiede für Feuerschmiede nicht unter 50 Pf., für Schläger und Heizer nicht unter 40 Pf.
3. Bei Akkordarbeiten wird der Preis bei Uebernahme der Arbeit schriftlich vereinbart und werden 20 Prozent Zuschlag zum Stundenlohn als Akkordmindestverdienst gewährt.

Der gleiche Mindestverdienst wird auch bei den sogenannten provisorischen Akkorden gewährt. Dieser Akkordmindestverdienst bezieht sich auf alle Akkordarbeiter.

4. Arbeiter, die aushilfsweise Arbeiten höherer Sparten verrichten, erhalten den dieser Sparte entsprechend höheren Lohn. Denjenigen, die Arbeiten niedrigerer Sparten verrichten, darf der Stundenlohn nicht verkürzt werden.

5. Der Vertrag wird mit den unterfertigten Organisationen (Metallarbeiter-Verband und unsere Organisation) auf ein Jahr bei einmonatlicher Kündigung abgeschlossen.

Da die Direktion sich ablehnend verhielt, wurde die Arbeit eingestellt.

Herr v. Maffei beabsichtigte nun, auf diesen Streit mit einer Aussperrung des Gesamtpersonals zu antworten. Da die Fabrik dem Industriellenverband angehört, war sogar zu befürchten, daß die Aussperrung auf alle dem Industriellenverband angehörigen Berufe ausgedehnt würde. In dem Betriebe des Herrn v. Maffei kamen etwa 1300 Arbeiter in Betracht, außerdem noch etwas über 3000 in den übrigen Establishments der Branche.

Durch Eingreifen des Gewerberichters Dr. Brunner wurde vordem Gewerbegericht als Einigungsamt nach fünfständiger Verhandlung der Zustand am Nachmittag des 21. Oktober beigelegt. Die Arbeit wurde am Montag wieder aufgenommen.

Auf der Dessauer Waggonfabrik ist infolge Lohnreduktion ein allgemeiner Streit ausgebrochen. Von den ca. 200 beschäftigten Personen haben 170 die Arbeit niedergelegt. Von unseren Kollegen sind 12 beteiligt.

Die Einführung neuer arbeitssparender Maschinen hat in Markensdorf einen Konflikt gezeitigt. Arbeiten, die bislang von Kürschnern verrichtet, sollten durch neu eingeführte Maschinen angefertigt werden, zu deren Bedienung Hilfsarbeiter eingestellt werden sollten. Unsere Kollegen beschloßen, diese Arbeit an den neuen Maschinen den Kürschnern zu überlassen. Eine Verständigung mit dem Firmeninhaber Herrn Langer wurde zunächst nicht erzielt, vielmehr kündigte Herr Langer den Gehilfen. Am 21. Oktober nach stattgehabter Besprechung wünschten unsere Kollegen eine Erklärung, ob die Kündigung aufrecht erhalten bliebe. Herr Langer erklärte, nicht nur die Kündigung aufrecht erhalten zu wollen, sondern er wollte auch keine Gehilfen mehr beschäftigen. Darauf legten unsere Kolleginnen und Kollegen die Arbeit nieder, dann erfolgte eine Verständigung.

Die Zuckerraffinerie Halle a. d. Saale macht wieder einmal Lohnabzüge. Das kann sie auch, ohne groß auf Widerstand zu stoßen, statemalen ihre Arbeiter unserer Organisation ziemlich fernstehen. Am 12. Oktober, abends 6 Uhr, wurde eine Abteilung Arbeiter gewahrt, daß jedem einzelnen durchschnittlich 5 Mk. am Lohn fehlten. Sie meldeten dieses dem Meister, welcher den Betriebsleiter Deute holen ließ, und wurde letzterem bedeutet, daß die Arbeiter für diesen Lohnabzug nicht arbeiten könnten, da der Abzug zu groß sei. Dieser redete den Kollegen, welche von der Nachschicht waren, nun zu, an ihre Arbeit zu gehen, über die Differenzen würde sich schon eine Einigung erzielen lassen. Früh 6 Uhr ließ er die Arbeiter zusammenschicken, sowohl die von der Schicht als auch die Abholung, und erklärte ihnen, wer von ihnen für den Lohn nicht arbeiten wolle, solle seine Sachen packen und in 5 Minuten den Hof verlassen. Das war also die versprochene Einigung! Die Kollegen gingen und wählten unter sich eine Kommission von 3 Mann, welche nun mit dem Direktor verhandeln sollte. Obwohl der Herr im Gegensatz zu Herrn Deute mit sich reden ließ, erklärte er doch, daß er an dem Abzug nichts ändern könne. So mußten die Kollegen abziehen. Von den 18 von dem Lohnabzug Betroffenen sind nur zwei bei uns und zwei im Metallarbeiterverband organisiert. Was die 14 dadurch geipart haben, daß sie Beiträge an die Organisation nicht leisteten, und dadurch das Recht nicht erwarben, Hilfe von der Organisation zu fordern, wird ihnen nun fünfundsiebzigjährig zugunsten des Unternehmersfaktels abgezogen. Organisiert auch!

Ein Opfer der preussischen Gefindeordnung. Aus Breslau wird berichtet: Der Knecht Kühnert hatte sich vor etwa 5 1/2 Jahren auf ein königliches Domäne Rimlau (Schlesien) gehöriges Vorwerk vermietet, unter

der dort üblichen Bedingung, daß die Frau auf dem Gute mitzuarbeiten habe und die Familie eine Wohnung erhielt. Die Frauen belamen im Winter einen Tagelohn von 60 Pf., vom 1. April an 60 Pf. und im Hochsommer 70 Pf. Am Montag, den 4. Juli, sollten nun etwa acht bis neun Frauen an der Drehschmiede bei einem Lohn von täglich 60 Pf. arbeiten, was diesen aber zu wenig war. Die Frau Kühnert ging nun zu allen im Gefindehaus wohnenden Arbeiterinnen und riet ihnen, Montag früh nicht zur Arbeit zu gehen. Dabei soll sie sich geäußert haben, daß, wenn nur zwei oder drei Frauen zurückblieben, dadurch nichts erreicht werde, alle müßten der Arbeit fernbleiben, dann würde der Tagelohn schon auf 70 Pf. erhöht werden. Die Arbeiterinnen folgten diesem Rats und am besagten Montag freilich sie sämtlich. Die Folge war, daß die Kühnertschen Eheleute sofort entlassen und die Frau zur Anzeige gebracht wurde. Am anderen Tage gingen die übrigen Frauen zur Arbeit und nach einer Woche wurde ihnen der Lohn auf 70 Pf. pro Tag erhöht.

Vor kurzem hatte sich die Frau Kühnert wegen ihrer „Freveltat“ vor der Breslauer Strafkammer zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen (die niedrigste Strafe ist ein Tag), das Gericht erkannte antragsgemäß. Es hob aber noch besonders hervor, daß die Strafe „nur deshalb so „niedrig“ ausgefallen sei, weil am anderen Tag die Arbeit wieder aufgenommen wurde“.

Frau Kühnert ist Mutter von drei Kindern, von denen das eine krank ist. Ein viertes ist kürzlich gestorben, und lebt die Familie in sehr dürftigen Verhältnissen. Breslauer Arbeiter wollen für die tapfere Frau eine Sammlung in die Wege leiten, um dem Opfer der preussischen Gefindeordnung von 1854 ihre Anerkennung auszudrücken. Der Fall spricht Bände und dürfte hoffentlich dazu beitragen, der vermoderten, aus Mittelalter erinnernden Gefindeordnung endlich den Garaus zu machen!

## Vom der Agitation.

Unterzeichnete hielt in Garburg, Lüneburg, Delmenhorst, Bremen, Hamburg, Hannover-Hildingen, Wimmer und Badenstedt Versammlungen ab. In allen Versammlungen wurde das Thema erörtert: Der Kampf der Arbeiterorganisation gegen die Gewerkschaften! Alle Versammlungen waren bis auf eine gut besucht. In den Debatten wurden die niedrigen Löhne, die unmöglichen Arbeitsverhältnisse, Mißstände, schlechte Behandlung seitens der Unternehmer und Meister geschildert. Eine besondere scharfe Kritik mußten sich die Summifabriken Garburg-Hannover, Oelfabriken und die Saline Badenstedt gefallen lassen. Daß die Löhne der Männer in Hannover zurückgehen, namentlich in der Summifabrik, ist sehr zu bedauern und kann nur gebessert werden durch die Organisation. In Badenstedt wurde besonders die am Ort bestehende Saline als ein Laubenschlag bezeichnet. Auch dort ärgern und stöhnen die Arbeiter unter schlechten Löhnen und schlechter Behandlung, trotzdem gelang es noch nicht, großen Anhang unter den Arbeitern zu gewinnen, viele stehen noch der Bewegung fern. Öffentlich hat diese Versammlung dazu beigetragen, den Gedanken für die Organisation unter ihnen zu wecken und viele von ihnen als neue Mitkämpfer zu gewinnen. Die Versammlungen haben unserer Organisation neue Mitglieder zugeführt, alte wieder ermuntert zu erneuter Tätigkeit.

Marie Wadwig.

## Sau G.

Die diesjährige Konferenz tagte am 9. Oktober im „Parkschloßchen“ zu Brandis. Von den 21 zum Sau gehörenden Verbandsorten waren 18 vertreten. Nicht vertreten waren Lungenau, Södan und Althain. Den Bericht über die Tätigkeit der Agitations-Kommission erbatete Kollege Schäfer. Einige Jahrestellen haben eine Verminderung des Mitgliederstandes aufzuweisen. Im ganzen ist aber die Mitgliederzahl im Sau von 2546 auf 3345 gestiegen. Den Kassenbericht gab Kollege Schumann. Die Einnahme betrug 625,44 Mark, die Ausgabe dagegen 551,35 Mark, so daß ein Bestand von 74,09 Mark verbleibt. Der Kollege Gangl, der die Kasse revidiert hat, beantragt, dem Kassier Entlastung zu erteilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Berichte ergaben, daß an allen Orten von unseren Verbandsgenossen noch kräftig gearbeitet werden muß, um dem Verband die Anzahl Mitglieder zu gewinnen, welche ihm gebührt. Der Antrag, eine 1/2stündige Mittagspause einzutreten zu lassen, führte zu einem Zusammenstoß mit dem überwachenden Beamten, der nur eine 1/2stündige Pause gewähren wollte. Endlich gelang der Beamte eine Mittagspause von der Dauer 1 Stunde zu. Nach der Mittagspause wurde die Handlungsweise der Bauarbeiter, welche uns sorgfältig die Mitglieder schikanieren und deren Uebertritt sogar unter Androhung von Arbeitsentlassungen erzwingen wollen, einer Besprechung unterzogen. Es wurde angeführt, daß ein solches Vorgehen den Grundfahnen einer modernen Arbeiterorganisation widerspreche. Es wurde von Beschlüssen in dieser Sache Abstand genommen, weil der Kollege Sämisch-Markensdorf die Erklärung abgegeben hatte, die Angelegenheit dem Leipziger Kartell unterbreiten zu wollen. Bei dem Punkt, welcher der Beratung der Agitation gewidmet war, wurden die mannigfachen Vorschläge besprochen und Anregungen gegeben. Beschlüsse wurde auch bei diesem Punkte unter Berücksichtigung der neuen Gesamtsituation nicht gefaßt. Als Sitz des Saues ist vom Verbandstage Leipzig bestimmt. Bis zur Wahl des neuen Saupräsidenten durch Vorstand und Ausschuß wurde die Agitations-Kommission mit der Erhebung aller Geschäfte beauftragt. Der Vorsitzende, Kollege Schäfer, sprach den Kollegen von Brandis den Dank der Konferenzteilnehmer aus. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die Konferenz geschlossen.

## Korrespondenzen.

Hageburg. Je eine öffentliche Versammlung tagte am 9. Oktober in Augsburg und Regensburg, die sich eines guten Besuchs rühmen dürfen. Kollege und Gewerkschaftler Schürer aus München sprach über das Thema: „Warum gewährt unser Verband Arbeitslosen- und Krankenunterstützung?“ Redner führte in beiden Versammlungen, wovon die erste vermittels im „Mittelbacher Hof“, die zweite nachmittags in der „Strom“ in Regensburg stattfand, den Erscheinungen die Notwendigkeit einer kräftigen Organisation in übergehenden Zeiten vor Augen. Er wies ferner auf die vom letzten Verbandstage eingeführte Gewerkschaftenunterstützung hin, welche die allerdings damit verbundene Erhöhung der Beitragsleistung reichlich aufwiege. Redner erbot sich sogar, von dem Industriellen der Beschlüsse eine Verminderung der Prämien, die gerade bei uns sehr hart

in die Erscheinung tritt. Es soll die Interesslosigkeit der Kollegen mehr und mehr zum Schwenden gebracht werden, um so auf diese Weise die Partas in der Arbeiterkraft auf das gleiche Niveau der übrigen Berufsorganisationen zu erheben. Sind es doch gerade unsere Kollegen, die am meisten über schlechte Entlohnung und Behandlung, sowie ungenügende Ernährung zu klagen haben. Redner schloß seine beifällig angenommenen Ausführungen mit der Mahnung an die Kollegen, sich endlich ihrer Rechte und Pflichten bewußt zu werden. Wesentliche Diskussionen wurden nicht gepflogen, nur kennzeichnete der Vorsitzende in Regensburg, Kirchmeier, noch das Wirken einiger Denunzianten anlässlich einer Fabrikbesprechung der Kollegen in der Regensburger Fabrik. Das Verhalten dieser Schwitze wurde sowohl vom Referenten im Schlußwort, als auch von der Versammlung gebührend gewürdigt. Zahlreiche Neuaufnahmen gaben weiter zu erkennen, daß es gilt, für die Zukunft kräftig weiter zu agitieren und trennte man sich mit dem allseitigen Wunsche auf gleiches baldiges Wiedersehen.

Esgefen. In der am 2. Oktober ct. abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Schreiber über: „Die Beschlüsse des Verbandstages und ihr Wert für die Organisation“. Redner hob besonders die Gewerkschaftenunterstützung als eine soziale Notwendigkeit hervor und forderte die Kollegen auf, sich nicht durch die selbstverständliche Erhöhung der Beiträge ihre Führer zu lassen, sondern mit allen Kräften auch fernherhin für den Verband zu agitieren. In der Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Unter „Verschiedenes“ teilte Kollege Kymann mit, daß der Besitzer des Mülleschen Ziegeleiwertes, welcher den Streichern den Akkordlohn von 1 Mark pro Tausend auf 90 Pf. herabgesetzt hatte, sich durch die mündliche Aussprache mit ihm von Seiten der Kollegen Laatsch und Schreiber habe bestimmen lassen, den alten Akkordlohn von 1 Mark weiter zu zahlen, so daß die Kollegen, wie in vielen anderen Fällen, nicht genötigt waren, die Arbeit niederzulegen. Jedenfalls ist das Verhalten des obigen Unternehmers zur Nachahmung zu empfehlen. Nachdem Kollege Schreiber der Versammlung noch mitgeteilt, daß in nächster Zeit in der Hauptabteilung Udermünde die Regelung der Winterarbeit auf den Ziegeleiwerten vorgenommen werde, wozu die Esgefen Kollegen eingeladen werden, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Einwehren. Sonntag, den 16. Oktober, tagte eine Fabrikarbeiter-Versammlung, in der Kollege Wiefenhütter aus Hamburg über die Lage der Fabrikarbeiter referierte. Redner kam auch auf die Lage der Legitilarbeiter zu sprechen und führte aus, wie die Legitilarbeiter unter der Profitgier der Unternehmer zu leiden haben. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Ein Kollege schilderte die Mißstände auf der hiesigen Weberlei, besonders wird das Straffsystem seit dem Einzuge des neuen Direktors brüskend empfunden. Der neue Direktor ist vor wenigen Wochen eingetroffen und er nimmt es mit den Strafen besonders streng. In dem letzten Jahre sind außerdem recht bedeutende Lohnabzüge vorgenommen worden. Die ganzen Lohn- und Arbeitsbedingungen auf der Weberlei sind derart unangenehm, daß weitgehende Unzufriedenheit unter den Arbeitern und Arbeiterinnen vorhanden ist. Zum Schluß wies Kollege Theden noch auf die Beschlüsse hin, welche der letzte Verbandstag gefaßt hat, besonders die Punkte, welche die Gewerkschaftenunterstützung betreffen, seien so bedeutend, daß diese allein zum Beitritt in die Organisation anregen müßten; es sei daher Pflicht aller Arbeiterinnen und Arbeiter, der Organisation sich anzuschließen.

Frankfurt a. M. Die in voriger Nummer angelegte Lohnreduktion, welche von der Mitteldeutschen Summifabrik von Louis Peters geplant war, ist unterblieben. Herr Peters jag Montag, den 10. Oktober, nach vorausgegangenen Unterhandlungen den Lohnsatz zurück. Darüber werden unsere auf dem Betriebe beschäftigten Kollegen jedenfalls erfreut sein. Ihre Freude wird aber nur dann von der gegenseitigen Empfindung nicht ausgelöst werden, wenn sie der Organisation trenn bleiben und auch alle die Kollegen zum Beitritt bewegen, welche der Organisation heute noch fernstehen. Vernachlässigen die Kollegen die Organisation, dann dürfte ein erneuter Versuch auf Vorlegung eines Tarifes mit verschlechterten Lohnsätzen wieder gemacht werden, vielleicht mit durchschlagendem Erfolg für Herrn Peters. Also hinein in die Organisation!

Georgswerder-Wilhelmshagen. Am Sonntag, den 16. Oktober, tagte im Lokale des Herrn J. Wamero, Sperlsdorf, unsere Mitglieder-Versammlung. Im ersten Punkt erbatete Kollege Redmann in leichtverständlicher Weise den Jahresbericht. Am Schluß seiner Ausführungen kam Redner zu der Schlußfolgerung, daß unsere Jahrestelle mehr denn je gefestigt dastehet. Des weitern forderte derselbe die Kollegen nochmals auf, den durch die Annahme der Resolution, wonach wir uns mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden erklären, aufgenommenen Verpflichtungen gerecht zu werden. Dem zweiten Bevollmächtigten wurde Entlastung erteilt. Alsdann wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Als Delegierter zur Saugkonferenz wurde Kollege Rebenitz gewählt.

Halle a. d. Saale. Nach vorausgegangener Auflösung der Jahrestellen Nord und Süd fand am 9. Oktober die Einigungsversammlung statt, in welcher die Neugründung mit dem Namen Jahrestelle Halle-Saale vorgenommen wurde. Nach kurzer Diskussion des ersten Punktes wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Offen war nun, daß auch jedes Mitglied unserer neugegründeten Jahrestelle seine Pflicht und Schuldigkeit tut, und nicht die Arbeiten bloß den Verwaltungsmittgliedern überläßt. Wir müssen erklären durch das uns vom Verbandstage in die Hand gegebene Agitationsmittel: die Gewerkschaften-Unterstützung, um im nächsten Jahre mit einem Zuwachs von ungefähr 100 Kollegen rechnen zu können. Die Beschlüsse-Kommission bleibt in ihrer alten Zusammensetzung bestehen. Die Versammlungen werden am Sonnabend nach dem ersten im Süden, und nach dem 15. eines jeden Monats im Norden abgehalten. Das Herbergslokal bleibt Kantische Gasthaus „Zur Erholung“ und wird daselbst die Reisesunterstützung weiter anbezahlt.

Hamein. Die am Sonnabend, den 8. Oktober, tagende Mitglieder-Versammlung befaßte die Abrechnung und brachte die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag. Unter „Verschiedenes“ wurde der wichtige Beschluß gefaßt, von nun an jede Woche zu kassieren. Wir hoffen von den Mitgliedern, daß sie dem Verbands trenn bleiben und unermüdet für ihn wirken und agitieren.

Hannover-Hildingen. In der am 12. Oktober tagenden Mitglieder-Versammlung hielt Gen. Müller aus Altona einen Vortrag über Goethes „Faust“ (2. Teil). Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Die Abrechnung wurde als richtig anerkannt. Der Mitgliederbestand ist jetzt 420, und zwar 43 weibliche und 377 männliche. Im abgelaufenen Geschäftsjahre sind drei Kollegen verstorben, 14 wurden wegen Beitragsrückständen geipart, einer wegen Streiktrugs ausgeschlossen. fünf kamen zum Militär, fünf traten zu einem anderen Verband über, neun traten ohne Angabe von Gründen aus und 21 nahmen die erhöhten Beiträge als Vorwand zum Austritt. Klein-Steinhelm. In der Mitglieder-Versammlung, welche am 9. Oktober tagte, wurde zunächst das Adenden des verstorbenen Kollegen Jeller in üblicher Weise geehrt. Alsdann wurde von dem 2. Bevollmächtigten die Quartals-Abrechnung vorgelesen und von den Revisoren für richtig befunden. Zur Saugkonferenz wurde Kollege Haupt als Delegierter gewählt. Darauf wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Die Beschlüsse des Verbandstages wurden zur Dis-

luffon gestift. Folgende Resolution wurde angenommen: Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden und verpflichtet sich nach Kräften zu agitieren, um den Verband zu stärken; sie wünscht, daß der nächste Verbandstag beschließen wolle, den Mitgliedern, welche zum Militär eingezogen werden, die Militärzeit auf die Mitgliedschaft anzurechnen.

**Endwigschafen.** Der ehemalige zweite Bevollmächtigte Seidel, unsehligen Andenkens, der mit einer ganzen Quartals-einnahme das Weite suchte und Frau und Kind sitzen ließ, wird für seine Zurechnung den gebührenden Lohn erhalten. Er wurde in Zwickau verhaftet und am 15. September in Frankfurt ins Untersuchungsgefängnis abgeliefert, wo er bis zu seiner Verurteilung verbleiben dürfte. Das Nachspiel wird ihm weniger erfreulich vorkommen, als das Vorspiel, die Verurteilung anvertrauten Geldes.

**Münsterberg.** Am Sonntag, den 1. Oktober, tagte unsere Hauptversammlung. Kollege Kietzsch gab den Jahresbericht. Aus demselben ist hervorzuheben, daß seit Gründung der Zahlstelle, die am 21. November 1903 erfolgte, 12 Mitglieder-Versammlungen, 8 Werkstätten- und 5 allgemeine Versammlungen abgehalten wurden. Ferner hat die Zahlstelle in ihrem kurzen Bestehen den Fabrikinspektor auf 4 Fabriken aufmerksam gemacht, so daß in einigen chemischen Fabriken, wo eine zweckentsprechende Ventilation fast gänzlich fehlte, doch etwas Besserung geschaffen wurde. Aus dem Bericht des 2. Bevollmächtigten, Kollegen Herrmann, ist zu entnehmen, daß die Gesamteinnahme im ersten Jahre 312 Mk. betrug, wofür eine Ausgabe von 282 Mk. gegenüber steht. Der Bericht der Revisoren, den Kollege Weier erstattete, ergab, daß Kassabücher und Belege jederzeit in Ordnung gefunden wurden, worauf dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. Alsdann wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Zu dem Bau eines Volkshauses wurde der Betrag von 620 Mk. überwiesen. Das Volkshaus soll einen Zentralverkehr sämtlicher organisierten Arbeiter bilden.

**Penig.** Eine am 16. Oktober im „Schützenhaus“ abgehaltene Mitglieder-Versammlung erstreckte sich eines zahlreicheren Besuchs. Der stellvertretende Vorsitzende, der als Delegierter zur Gaukonferenz in Brandis war, gab kurzen Bericht darüber. Darauf wurden Bevollmächtigte und Revisoren in Vorschlag gebracht. Der Kollege, welcher bisher als Kassierer tätig war, wurde wiedergewählt. Zu Punkt 4 wurde beschlossen, in Zukunft zeitweise Vorträge abzuhalten, um neue Mitglieder heranzuziehen und den noch Fernstehenden den Zweck und Nutzen der Organisation vor Augen zu führen. Von jetzt an werden unsere Mitglieder-Versammlungen jeden zweiten Sonntag im Monat, nachm. 3 Uhr, im „Schützenhaus“ abgehalten. Mit der dringenden Aufforderung an die Kollegen, jetzt mit allen Kräften zu agitieren, um unseren Verband zu stärken, da die jetzigen Verbandsleistungen geeignet erscheinen, neue Mitglieder zu werben und zu erhalten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Schwiebus.** Die am Sonntag, den 25. September, tagende Versammlung hob auf Vorschlag der Bevollmächtigten die seitiger üblich gewesene Lokalunterstützung auf. Auch die Aufhebung des Beitrages von 5 Pf. wurde beschlossen. Der bestehende Fonds soll als Rotstiftsfonds betrachtet werden, sollte er nicht bis zum 1. Oktober ausreichen, so sind die Mitglieder verpflichtet, einen Extrabeitrag zu leisten.

**Stettin.** Die am 16. Oktober im „Gewerkschaftshaus“ tagende Versammlung hatte das Vorschlagen der Bevollmächtigten und Revisoren zu erledigen. Dann wurde die Abrechnung vorgelegt. Den Bericht von der Gaukonferenz erstattete Kollege Büttow. Alsdann wurde die Anfertigung von Kontrollkarten angeordnet für die Kollegen, welche an Hasen arbeiten und ihre Bücher zur Kontrolle vorzulegen haben. Zum Schluß wurden die Zustände auf der Stahlbergischen Delfabrik scharf kritisiert. Hier arbeitet man noch bei einer halbständigen Mittags- und viertelständigen Vesperpause. Hier wäre es besonders notwendig, daß die Arbeiter sich der Organisation anschließen. Auch die Zustände in der Seifen-, Seifen- und der Goldbleichfabrik gaben zu heftigem Tadel Anlaß. Möchten doch die Kollegen auf all diesen Betrieben erkennen, daß nur durch massenhaftes Eintreten und unter Beihilfe der Organisation ihre Lage gebessert werden kann.

**Wesseling.** Eine Mitglieder-Versammlung tagte am Sonntag, den 2. Oktober, im Lokale des Herrn Scholzen. Kollege Gütting referierte über den Argen der gewerkschaftlichen Organisation. Von den hiesigen 300 organisationsfähigen Fabrikarbeitern gehören vorläufig erst 15 unserem Verbands an. Obwohl die Arbeiter, welche fernstehen, durchweg mit den Verbandsbestrebungen einverstanden sind, bleiben sie aus verschiedenen Gründen, von denen der Mangel an Einigkeit der wichtigste ist, uns fern. Die Bezahlung ist nicht gänzlich. Es werden für die schuldigste und ungesundeste Arbeit 2,50 und 3 Mark bezahlt. Es kommen hier nur hauptsächlich Leer- und chemische Fabriken in Betracht. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden, das müssen auch die Arbeiter einsehen, die sich heute noch in allen möglichen Kleinvereinen zu allerhand Kurzweil zusammenfinden. Von der hiesigen Glimmerfabrik wurde mitgeteilt, daß dort die Akkordarbeit eingeführt ist. Den Arbeitern wird der Akkordverein übergeben, ohne daß vorher mit ihnen der Akkord vereinbart worden wäre. Die Folge ist eine Berechnung, bei der die Arbeiter zu keinem Verdienst kommen. Gut manchmal ergreift dann die Arbeiter die Empörung. So auch vor 14 Tagen. Insegsamt wollten sie die Arbeit niederlegen. Organisierte Kollegen mußten dann von diesem unbesonnenen Schritt abraten, denn erst muß eine Anteilnahme der betr. Arbeiter an der Organisation vorhanden sein. Durch längere Zugehörigkeit zur Organisation müssen die Mitglieder zu Kämpfern erzogen sein, bevor man in einen Kampf eintritt. Es soll nun dahin gewirkt werden, die noch fernstehenden Kollegen aus diesem Betriebe zu uns heranzuziehen, damit hier mit der Zeit die Abschaffung des Akkordsystems gefordert werden kann. Kollege Gütting erläuterte dann noch eingehend die Verschmelzung der Zahlstellen von Adin und Umgebung und die Erhebung eines Lokalbeitrags von 5 Pf. pro Woche. Die Zahlstelle Wesseling erklärte sich mit der Verschmelzung einverstanden.

### Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 12. Oktober folgende Beträge ein:

Leisberg 2,50	Schwabach 61,95	Wassensberg 70,80
Schwabach 133,50	Schiffel 74,02	Halle-Nord 253,90
Brezenheim 136,53	Bramm 123,45	Ködelheim 98,76
Schwabach 12,90	Martinsbühl 96,58	Hohenweide 33,75
Niederhohndorf 71,90	Bielefeld 90,40	Garburg (Fr. Niehoff) 2,-
Repenhain 8,60	Barren 53,89	Diersleben 49,-
Quinshaus 23,93	Schwenheim 33,35	Epyer 33,78
Wand 19,01	Elberfeld 32,45	Fernersleben 85,80
Selmshof 80,30	Gamela 126,89	Koßhappel 730,40
Kortorf 15,90	Apenrade 34,50	Maiene 77,15
Göding 12,-	Winnig 63,03	Sunggen 30,25
Sunggen 13,40	Winnig 123,33	Schwiebus 5,-
Winnig 58,80	Leisberg 32,85	Schwanneg 12,70
Winnig 18,65	Penig 126,63	Zuffenhausen 140,35
Höchst a. M. 27,10	Winnig 18,75	Karlsfeld 25,80
Winnig 20,14	Stadthaus 40,20	Endwigschafen 514,15
Winnig 21,65	Kammberg a. d. S. 78,19	Duisburg 11,25
Winnig 7,40	Hannover 350,-	Schwiebus 108,23
Winnig 145,75	Winnig a. M. 115,25	Winnig 100,35
Winnig 7,50	Salgau 45,90	Hörschheim 99,08
Winnig 33,97	Sittigart 110,66	Winnig 45,30

137,05. Biberach a. d. N. 9,13. Oggersheim 74,-. Seefisch 295,21. Reusdorf a. d. S. 11,55. Giffenberg (S.-A.) 63,60. Friedrichst. 57,65. Klein-Steinheim 141,65. Einbeck 111,90. Altona 73,43. Garburg 1880,31. Bremen 588,29. Duisburg 10,-. Achlau 36,41. Brandis 151,07. Wiesbach 37,95. Borch 53,72. Sprendlingen 13,95. Uhlendorfer 367,55. Potsdam 221,20. Ammendorf 247,35. Kattenstedt 9,15. Großenhain 85,71. Aken 49,76. Obermaße 15,-. Waldborf 51,40. Mombach 25,80. Reinsdorf 151,05. Babel 1481,60. Magdeburg 442,36. Debitfeld 7,90. Erlangen 34,50. Sarstedt 122,25. Erlangen 46,72. Schmiedeburg i. Kienengebirge 77,55. Deutsch-Wartenberg 14,10. Schwaan 46,80. Rind a. M. 127,65. Straßburg 106,98. Bahr i. S. 4,50. Mügeln 744,13. Stettin 286,27. Rohwein 24,-. Reinsig 75,20. Freienwalde 69,05. Büffelndorf 95,05. Salder 17,70. Gimsbüttel 299,95. Stodelsdorf 108,58. Pommerensdorf 298,80. Redarsulm 42,30. Reusfienburg 160,65. Schneidberg 82,60. Stellingen 221,32. Weinböhla 110,18. Einzelmitglieder 189,75. Schlutup 198,40. Frankenthal 346,93. Gyttha 51,90. Danzig 30,-. Eilenburg 98,70. Johannisthal 81,-. Nauen 67,45. Weimar 71,84. Brunsbüttelkoog 61,35. Gerst 95,88. Wornis 132,15. Rothensdorf 219,48. Gertha 129,35. Henningsdorf 57,05. Waderburg 61,88. Zörbig 11,40. Striegau 126,75. Bellen 578,70. Feggenheim 164,70. Magun 58,20. Hagen in Weiskalen 14,41. Plauen i. Vogtl. 107,65. Bitterfeld 28,65. Wägerdorf 279,92. Halberstadt 252,66. Groß-Salze 178,60. Gensig 70,70. Bornstedt 85,70. Dresden 800,-. Gamburg 625,61. Sichel 339,04. Dranienburg 132,70. Gonsenheim 26,19. Gr.-Ottersleben 78,63. Halle (Süd) 388,78. Leipzig (Ost) 593,54. Heilsbrunn 196,20. Borsdorf 89,63. Pöbeljuch 43,60. Konstantz 60,63. Lambach 23,40. Mühlheim a. M. 266,61. Waltershausen 40,08. Bärge a. M. 82,35. Rattow 157,30. Welle 16,75. Jahnitz 150,68. Oberhausen 14,80. Preez 99,53. Paunsdorf 22,50. Delmenhorst 293,77. Rowawes 184,86. Al.-Hufheim 75,10. Sebnitz 67,68. Reinold i. S. 31,20. Cöpenick 1242,53. Blankenburg 83,70. Hanau 51,90. Osterwied 121,09. Reimold 1,55.

Schluß: Dienstag, den 25. Oktober, mittags 12 Uhr. Verichtigung. In der Abrechnung vom 2. Quartal 1904 muß es heißen Friesenhausen, nicht Ludwigschafen.

### Zu der Abrechnung für das 2. Quartal.

Die folgenden Verbandsorte haben es unterlassen, für das 2. Quartal abzurechnen: Apenrade, Altenhain, Bockau, Bruchmühl, Burg, Celle, Erdmannsdorf, Elze, Friedberg, Gmund, Gränstadt, Goslar, Hainstadt, Heidenheim, Heitenleideheim, Holzwinden, Julum, Einzelmitglieder Hannover, Heitfeld, Kehn, Kollheim, Kattowitz, Kall, Einzelmitglieder Linden, Lettin, Lissa, Lörsch, Ludwigschafen, Meh, Möckendorf, Ohlstedt, Oberhausen, Oschersleben, Penig, Raguit, Reisch, Regenhaus, Sarstedt, Stolzenhagen, Uetersen, Uelzen, Wihnenhausen und Waiblingen.

Abrechnung und Geld haben zu spät eingelangt: Braunlage, Blankenese, Dessau, Dortmund, Esping, Grevesmühlen, Gasselsdorf, Jekutz, Marne, Mühlheim a. M., Mühlenteb, Müchendorf, Müntersdorf, Raumburg, Rippes, Oberberg, Deberan, Reinfeld, Rheinfelden, Schweinsfurt, Staßfurt, Barel Cöpenick, Linden und Welsleben.

### Bekanntmachung.

In zwei Sonntag, den 23. Oktober, in Hannover tagenden Sitzungen, an der alle Mitglieder des Ausschusses und Vorstandes teilgenommen haben, wurden die zur Anstellung der 8 Gaubeamten eingegangenen Bewerbungsbereiten geprüft und die Wahl vorgenommen.

Eingegangen waren 47 Bewerbungen. Gewählt wurden: Für Gau 1 (Sitz Magdeburg) Kollege Ernst Großmann, Hildesheim. Für Gau 2 Kollege Gustav Neuring, Griesheim. Gau 3 Kollege Emil Bennemig, Ritzdorf. Gau 4 Kollege Robert Wiesenbütter, Hamburg. Gau 5 Jos. Staimer, München. Gau 7 Seb. Prüll, Offenbach a. M. Gau 8 Martin Köchel, Offenbach a. M. Gau 10 Fr. Borger, Hamburg. Die Eintrittstermine werden einzeln bestimmt werden. Mit kolleg. Grupp Aug. Brey.

Die Zahlstelle Magdeburg hat die Zustimmung erhalten, folgende Extrabeiträge zu erheben: Von männlichen Mitgliedern 10 Pf. pro Monat und von weiblichen Mitgliedern 10 Pf. pro Vierteljahr.

**Verloren und für ungültig erklärte Bücher.** Nr. 98 767, ausgestellt am 14. April 1904 auf den Namen Franz Jacowitz. S III Nr. 5148, ausgestellt auf den Namen Ludwig Gutsch am 11. Mai 1901 in Bernburg.

### Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Anklam. Reisegegend wird bezahlt bei Gottfried Herrmann, Neue Dorfstraße 7, abends von 7-9 Uhr. Bitterfeld. Ferd. Pangner, Köhnenstraße 40 I. Götzen. Ed. Hognie, Ringstraße 22. Dresden. Bettmannsman Heinrich Schneider, Dresdens-Neustadt, Martin Lutherstraße 5 IV. Götze. J. Möller, Hospitalkstraße 2. - Reisegegend bei S. Lorje, Reinsdorfsweg, mittags von 12-1 Uhr und abends von 6-8 Uhr. Erlangen. Georg Kreuger, Knipoldstraße 24 I. Gießenburg. Peter Christians, Schloßstraße 56, Gth. Frankenthal. Johannes Fortshuber, Verlängerte Lindenstraße 45. - Reisegegend bei Carl Wegland, Herberge 3 zur Stadt Kärnberg. Jülich. Alois Hornsteiner, Kaiserstraße 99. Goslar. Bettmannsman Aug. Jahn, Livoli. Halle. Gustav Schäfermich, Schützenstraße 10. Höchst a. M. Franz Winkler, Wägnleinerstraße 35. Gamburg-St. Georg. F. Köster, Himmelstraße 37. Leisberg a. d. S. (Gau 8.) G. Wastmann, Kästnerstraße 56. Bermsdorf, Altes Schützenhaus. Leisberg. Max Schmidt, Köhnenstraße 7. - Reisegegend wird im Verkehrslokal „Gasthaus zur Doppel-Eiche“, Heidenstraße 1, ausbezahlt. Oberhausen. Herr Niemer, Feinstrop. Plauenischer Grund und Umgebung. Max Schreiter, Deuben, Schillerstraße. Pforzheim. Franz Köhler, Wallhardstraße 18. Reusdorf i. S. Alwin Schneider, Köberstraße 18 II. - Auszahlung des Reisegeldes bei Emil Altmann, Köber-

straße 8 III, mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 7 Uhr ab. Magdeburg i. S. (Gau 19.) W. Fischer, Am Ball 69. Salder. Ph. Müller. Schwabach. Georg Köhler, Spitalberg 14. Klein-Steinheim. Joh. Heilos, Feldstraße. - Reisegegend bei Georg Freier, Friedhofstraße 149, abends von 6-7 Uhr. Stettin. Albert Büttow, Verbindungsstraße 18, III. z. Stade. Aug. Plakmann, Thunreistraße 7. Thale. Fritz Reune, Köhtrappenstraße 37 a. Wedel. Rudm. Kühnemund, Schulau, Wanderscherhuppen. Wilhelmshagen. C. Lucat, Kanalstraße 6, p. Wittzenberge. Wifg. Freie, Köhlfstraße 6 L. Wutzen. M. Römer, Dohnigerweg 8.

### Gau 7.

Sonntag, den 13. November, vormittags 10 Uhr, findet in Pflugstadt im Lokale des Kollegen Köhler unsere

### Gaukonferenz

statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Gauvorstandes a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers, c) der Revisoren. 2. Die neue Gauenteilung und unsere fernere Agitation. 3. Beratung der eingegangenen Anträge. 4. Wahl des Ortes für die nächste Gaukonferenz. Die Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, ihre Berichte einzusenden. Die säumigen Zahlstellen werden öffentlich. Mit kollegialischem Gruß Der Gauvorstand.

### Inserate.

### Einen Ortsbeamten

sucht zum 1. Januar 1905 die Zahlstelle Magdeburg. Die Anstellung erfolgt auf Grund der vom letzten Verbandstag festgelegten Bedingungen. Die Bewerber müssen Verbandsmitglieder sein. Sie haben eine schriftliche Arbeit a) über die Tätigkeit der Ortsbeamten im Allgemeinen, b) über die Gewinnung von Mitgliedern und Erhaltung des Mitgliederbestandes, c) über die Agitationsweise und d) über das Verhalten und Vorgehen bei Streiks, Lohnbewegungen und Aussperrungen einzusenden. Die Arbeiten sind an den Kollegen Ditto Dähms, Magdeburg-Neustadt, Heinrichstraße 10, bis Sonntag, den 20. November, einzusenden. [2,10 Mk.]

### Ausschreibung.

Die vereinte Zahlstelle Hannover sucht zum 1. Januar einen Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt zunächst probeweise auf ein Jahr, von da ab unter gegenseitiger vierteljährlicher Kündigung. Die Honorierung erfolgt unter der für Gauleiter und Hülfsarbeiter geltenden Stala. Die Bewerber müssen eine Beschreibung ihres Lebenslaufes und Angaben über die bisherige Verbandsstätigkeit einbringen. Bewerber müssen Mitglied der vereinten Zahlstelle sein. Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 15. November zu richten an den Kollegen Georg Bergmann, Linden, Bernwardstraße 10, p. [2,70 Mk.]

### Zahlstelle Bergedorf.

Donnerstag, den 3. November, abends präzis 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn W. Lange in Sande. Tagesordnung: 1. Bericht von der Gaukonferenz in Neumünster. 2. Bericht vom Gewerkschaftsartikel. 3. Verbandsangelegenheiten. Die Bevollmächtigten. Sonnabend, den 12. November, abends von 7 1/2 Uhr an, findet im Hotel „Schwarzer Waldfisch“ (S. Schaafberg) in Sande unser

### 13. Stiftungsfest

bestehend in Vorträgen, Theateraufführung und Ball, statt. Alle Kolleginnen und Kollegen werden eingeladen. [2,40 Mk.] Der Festauschuß. Achtung!

### Zahlstelle Jahnitz.

Unsere Mitglieder-Versammlung findet am Sonntag, den 6. November, statt. Wegen wichtiger Verbandsangelegenheiten ist das Erscheinen eines jeden Kollegen dringend notwendig. [1,05 Mk.] Die Ortsverwaltung.

### Zahlstelle München.

Das Verbandsbureau wird am 15. November nach Frauenstraße 4a/1 verlegt. Von da ab sind alle Zuschriften und Einlagen an das Verbandsbureau, Frauenstr. 4a/1, zu richten. [1,65 Mk.] Die Ortsverwaltung.

### Zahlstelle Neumünster.

Sonnabend, den 5. November, findet unser diesjähriges Stiftungsfest bestehend in Konzert, Theater und Ball, im „Konventgarten“ statt, wozu die Mitglieder freundlichst einladet. Entree 50 Pf. Das Komitee. NB. Sonntag, den 6. November: Mitglieder-Versammlung bei Kellermann. [1,50 Mk.]

### Zahlstelle Tegel.

Sonnabend, den 5. November, findet unser diesjähriges Stiftungsfest bestehend u. a. in Theateraufführung und humoristischen Vorträgen, statt. Das Erscheinen aller Kollegen ist erwünscht. [1,35 Mk.] Die Bevollmächtigten. Achtung!

### Zahlstelle Uedermünde.

Unsere Monatsversammlungen finden bis auf weiteres statt: In U e d e r m ü n d e jeden letzten Sonntag im Monat; in Eggefin in jedem ersten Sonntag im Monat. Die Versammlungen in den Hülfszahlstellen Siep-garten, Weiersberg, Luckow und Ahlbed werden jedesmal vorher bekannt gemacht. [1,35 Mk.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Wunfriedel.

Sonntag, den 6. November, nachm. 2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Saale des alten Schützenhauses. Wegen sehr wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig. [1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.